

Pressemitteilung Verena Mertens MdEP

15. April 2026

Kommunalabwasserrichtlinie der EU: „Saubere Gewässer und bezahlbare Medikamente nicht gegeneinander ausspielen!“

Brüssel/Ostwestfalen-Lippe. Auf Initiative der EVP-Fraktion hat das Europäische Parlament über die Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie debattiert. Die Europaabgeordnete Verena Mertens (CDU) warnt davor, Gewässerschutz und Arzneimittelversorgung gegeneinander auszuspielen.

„Saubere Gewässer sind ein zentrales Ziel europäischer Umweltpolitik. Deshalb ist es richtig, dass die EU mit der Kommunalabwasserrichtlinie zusätzliche Reinigungsstufen zur Entfernung von Mikroschadstoffen vorsieht. Problematisch ist aber die bisher geplante Ausgestaltung der Herstellerverantwortung für Pharmaunternehmen. Sie birgt die Gefahr, die Arzneimittelversorgung zusätzlich unter Druck zu setzen“, erklärt Mertens.

Nach Angaben aus der Branche stehen allein in Deutschland Belastungen von mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr im Raum, europaweit geht es um Milliardenbeträge. Aus Sicht von Mertens wäre es fahrlässig, diese Kostenfolgen zu unterschätzen. „Wer glaubt, dass solche Summen ohne Auswirkungen auf Produktion, Preise und Verfügbarkeit von Medikamenten bleiben, verkennt die Realität. Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln sind schon heute ein ernstes Problem. Zusätzliche Belastungen müssen deshalb sehr sorgfältig geprüft werden.“

Besonders kritisch sei die Lage bei Generikaherstellern, die rund 70 Prozent der Arzneimittelversorgung sicherstellen. Diese Unternehmen arbeiteten mit geringen Margen und unter hohen regulatorischen Vorgaben. Zusätzliche Kosten könnten dort schnell dazu führen, dass Produktionen verlagert oder einzelne Präparate vom Markt genommen werden.

Auch für Ostwestfalen-Lippe hat das Thema eine unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung. In der Pharmabranche in der Region sind rund 2.500 Menschen beschäftigt. Hinzu kommen Hersteller von Kosmetikprodukten mit etwa 1.000 weiteren Arbeitsplätzen. Zudem wird in Ostwestfalen-Lippe auch für andere Anbieter in Deutschland und Europa produziert, darunter Krebsmedikamente und Wirkstoffe gegen weitere schwere Erkrankungen.

Mertens verweist zudem auf einen politischen Widerspruch auf europäischer Ebene: „Einerseits will die EU mit Initiativen wie dem Critical Medicines Act die Arzneimittelproduktion in Europa stärken und Lieferketten stabiler machen. Andererseits drohen neue Kosten, die genau dieses Ziel konterkarieren. Das passt nicht zusammen.“

Das Verursacherprinzip bleibe zwar richtig, müsse aber mit Augenmaß angewendet werden, so Mertens weiter. „Die Frage ist doch: Tragen wirklich nur die Hersteller Verantwortung dafür, dass Stoffe in den Wasserkreislauf gelangen? Oder müssen wir hier breiter auf den gesamten Nutzungskontext schauen? Arzneimittel sind keine klassischen Industrieprodukte, sondern Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb brauchen wir differenzierte und praktikable Lösungen.“

Mertens begrüßt, dass ihre CDU-Kollegen im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments die Europäische Kommission aufgefordert haben, zentrale Fragen zu beantworten. Dazu gehören aus ihrer Sicht belastbare Kostenschätzungen, eine klare Bewertung der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Prüfung eines möglichen „Stop-the-clock“-Mechanismus, um mehr Zeit für eine tragfähige Lösung zu gewinnen.

Abschließend betont Mertens: „Klar ist: Verbesserte Wasserqualität wird am Ende Geld kosten. Die Bürgerinnen und Bürger werden dafür zahlen – entweder über höhere Wassergebühren oder über höhere Preise bei Alltagsmedikamenten. Umso wichtiger ist es, die Kosten fair und sachgerecht zu verteilen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Für den Umbau der Kläranlagen gibt es lange Übergangsfristen. Diese Zeit muss genutzt werden, um auch die Finanzierung sauber zu klären.“

Hintergrund:

Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie verpflichtet Kläranlagen künftig dazu, zusätzliche Reinigungsstufen einzuführen, um Mikroschadstoffe besser aus dem Abwasser zu entfernen. Zur Finanzierung ist eine erweiterte Herstellerverantwortung vorgesehen. Danach sollen insbesondere Unternehmen aus der Pharma- und Kosmetikbranche einen Großteil der Kosten tragen. Kritiker warnen, dass diese Ausgestaltung vor allem Generikahersteller stark belasten und damit Auswirkungen auf die Arzneimittelproduktion sowie die Versorgungssicherheit in Europa haben könnte.

Fotos zum Download: <https://www.verena-mertens.de/presse>